

SPD – Partei ohne Alternative für die Sicherung von Einkommen und Beschäftigung

**Staatliche Beschäftigungsprogramme schaffen
keine sicheren und dauerhaften Arbeitsplätze**

Diese Dokumentation hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, am 29. August in Bonn der Presse vorgestellt.

1. Einleitung

Die SPD hat immer wieder betont, daß Sozialdemokraten Vollbeschäftigung garantieren, und daß für sie Vollbeschäftigung das politische und moralische Ziel Nummer eins ist. 1972 gab die SPD im Wahlkampf die Parole aus: „Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.“

1976 hieß es noch bei der SPD: „Wir werden uns nicht mit Millionenarbeitslosigkeit abfinden.“

Gemessen an diesem Maßstab hat die SPD in der Arbeitsmarktpolitik versagt. Die SPD hat den Strukturwandel blockiert, Millionenarbeitslosigkeit geschaffen und gleichzeitig die Staatsfinanzen zerrüttet. Die Auswirkungen ihrer Politik waren: Gefährdung und Vernichtung von Arbeitsplätzen, Rückgang des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Inflation.

1980/81 brach die Konjunktur trotz der vielen Beschäftigungsprogramme in sich zusammen. Die Belastbarkeit der Wirtschaft war überschritten. Der Staat hatte sich selbst überschätzt, die Wirtschaft läßt sich nicht beliebig steuern. Die Wirkungen

öffentlicher Defizite, einer beschleunigten Geldentwertung und eines wachsenden Widerstandes der Bevölkerung gegen eine steigende Staats- und Steuerquote waren stärker als die Wirkungen aller Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme.

Die Abschlußbilanz von 13 Jahren sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik war katastrophal: Am Ende der Regierungszeit der SPD im Jahr 1982 mußten SPD-Politiker eingestehen, daß ihre Politik gescheitert ist.

SPD-Schlußbilanz

Jahr	1969	1979	1980	1981	1982
Veränderung des Brutto-sozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent	7,5	4,4	1,9	-0,3	-1,1
Arbeitslose (Jahresd. in 1000)	179	876	889	1272	1833
Arbeitslose in Prozent	0,9	3,8	3,8	5,5	7,5
Anstieg der Arbeitslosigkeit in Prozent	-44,5	-11,8	+1,5	+43,0	+44,1
Neuverschuldung des Bundes in Milliarden Mark	0,0	25,7	27,1	37,4	37,2*
Inflationsrate aller priv. Haushalte in Prozent	1,9	4,1	5,5	5,9	5,3

* Für 1983 hatte die SPD ein Defizit von 55 Mrd. DM geplant.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit

„Die Kraft des Winters ist gebrochen, aber Frühlingserwachen stellt sich dennoch nicht ein. Das ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wie sie sich in den Märzahlen der amtlichen Statistik widerspiegelt. In Zahlen liest sich das so: Zwar ging die Zahl der Arbeitslosen im März um fast 124000 oder 6,4 Prozent zurück, aber sie liegt mit 1,8 Millionen um nahezu 50 Prozent höher als im März 1981. ... **Der Politik signalisieren die Märzdaten des Arbeitsmarktes, daß sich nichts, aber auch gar nichts am Arbeitsmarkt verändert hat.** Im Gegenteil: das Angebot an verfügbaren Arbeitsplätzen ist insgesamt gesunken.“ (Egon Lutz MdB, Sozialdemokratischer Pressedienst, 5. April 1982)

„War der Mai schon kein Wonnemonat für den Arbeitsmarkt, der Juni war auch nicht besser. Die Zahl der Arbeitslosen ist mitten im Sommer wieder gestiegen. ... Niemand darf übersehen, daß der Trend der saisonbereinigten Zahlen weiter ungehemmt nach oben weist.“ (Egon Lutz MdB, Sozialdemokratischer Pressedienst, 5. Juli 1982)

Im Sommer 1982 gab Wolfgang Roth, stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die **Bankrotterklärung für die gescheiterte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** der SPD ab: „Horrorzahlen wie in

England — zur Zeit sind dort 3,2 Millionen Menschen ohne Arbeit, mehr als in der großen Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre — scheinen auch bei uns nicht mehr unmöglich zu sein.

Nicht nur, weil andauernde Arbeitslosigkeit die Finanzen des Staates zerrüttet, nicht nur, weil sie die Grundlagen unseres sozialen Netzes untergräbt, sondern weil Arbeitslosigkeit Menschen kaputt macht, darf es keine Resignation bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geben.

Sicher, Patentrezepte gibt es nicht. Was wir jetzt allerdings am allerwenigsten brauchen, sind die Trampelpfade und die Denkblockaden der Bürokraten. Wir sollten die Krise als Herausforderung an unseren Mut und an unsere Entschlußkraft, an unsere Phantasie und unsere Kreativität begreifen. Wir haben jetzt die Chance, brachliegende Produktions- und Arbeitskraftreserven, zum Beispiel zur Verbesserung unserer Umwelt, einzusetzen; wir haben jetzt die Chance, neue, flexiblere Arbeitszeitformen auszuprobieren, wir haben jetzt die Chance, zeitweise nicht eingesetzte Arbeitskräfte durch Umschulung und Fortbildung auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten. **Wir sollten diese Chancen wahrnehmen in den nächsten zehn Jahren, in denen wir mit hohen Arbeitslosenzahlen rechnen müssen.**" (Wolfgang Roth MdB, Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 28. Juli 1982)

Dennoch hat die SPD aus ihren Fehlern nichts gelernt. Heute fordert sie neue schuldenfinanzierte Milliardenprogramme. Sie bringt nicht die Kraft zu einer umfassenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuorientierung auf. Auf ihrem Essener Parteitag 1984 hat die SPD ihre Antworten auf die Herausforderungen der 80er Jahre vorerst einmal bis 1986 vertagt. „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf dieser Basis (SPD-Vorlage ‚Arbeit für alle — Gemeinsam die Zukunft gestalten‘) bis 1986 eine weiterführende wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten.“

2. Teuer und doch ohne Erfolg: Die Beschäftigungsprogramme der SPD während ihrer Regierungszeit

Im Zeitraum von 1974 bis 1982 hat die SPD-geführte Bundesregierung 17 Ausgabenprogramme mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung beschlossen. Sie machen ein Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden Mark aus.

Ausgabenprogramme von 1974 bis 1982

	Volumen in Mrd. DM
1. Einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen vom 6. Februar 1974	0,900
2. Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung vom 25. September 1974	0,950

3. Sonderprogramm stabilitätsgerechter Aufschwung vom 12. Dezember 1974	1,730
4. Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen vom 27. August 1975	5,750
5. Arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitisches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vom 28. Januar 1976	0,235
6. Sonderprogramm des Bundes und der Länder für Schwerbehinderte vom 1. November 1976	0,100
7. Arbeitsmarktpolitische Beschäftigungshilfen vom 10. November 1976	0,430
8. Mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge vom 23. März 1977	20,000
9. Programm vom 25. Mai 1977 (ABM-Programm, besonders soziale Dienste)	0,600
10. Beschlüsse zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vom 14. September 1977	2,340
11. Zweites Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 2. Januar 1978	0,100
12. Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und Verbesserung des Wirtschaftswachstums vom 28. Juli 1978	5,450
13. Drittes Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 28. März 1979	0,130
14. Arbeitsmarktpolitisches Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen vom 16. Mai 1979	0,900
15. Beschäftigungswirksame Maßnahmen im Rahmen der Operation 82 vom 2. September 1981	9,250
16. Viertes Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte vom 1. Dezember 1981	0,250
17. Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität vom 3. Februar 1982	1,200
Summe	50,315

Nach dem Motto „Staatsschulden sind besser als Arbeitslosigkeit“ gab die SPD geführte Bundesregierung über 50 Milliarden Mark für die oben aufgeführten Programme aus. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit von 178 579 im Jahresdurchschnitt 1969 auf 1,833 Millionen im Jahresdurchschnitt 1982 an. Das ist ein Anstieg von 927

Prozent. (Arbeitslose: Oktober 1969: 107 770, Quote: 0,5 Prozent; Oktober 1982: 1 920 002, Quote: 7,9 Prozent). Daß es trotz zahlreicher Beschäftigungsprogramme nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit abzubauen, beweist,

- daß staatliche Beschäftigungsprogramme nicht die erhoffte Wirkung auf dem Arbeitsmarkt haben;
- daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosigkeit strukturelle Gründe hat, die durch staatliche Beschäftigungsprogramme nicht zu beheben sind.

3. Probleme staatlicher Konjunktur- und Arbeitsmarktprogramme

Die kostspieligen staatlichen Ausgabenprogramme sind nicht nur weitgehend wirkungslos geblieben, sondern haben sich oft nachteilig auf Wirtschaft und Finanzen ausgewirkt.

3.1. Schuldenprogramme führen zu Zinssteigerungen

Die Förderung der Nachfrage mit staatlichen Ausgaben durch permanente Schuldenaufnahme behindert oder verhindert private Investitionen:

- Nimmt der Staat Kredite auf dem Kapitalmarkt auf, um die Haushaltslöcher zu stopfen, verdrängt er andere Kapitalnachfrager vom Markt. Unternehmen, die zur Finanzierung ihrer Investitionen Geld leihen müssen, werden dadurch gezwungen, ihre Investitionen einzuschränken.

Als Folge der staatlichen Kapitalnachfrage steigt das Zinsniveau. Steigende Zinsen aber können die privaten Investitionen bremsen.

Wachsende Zinszahlungen belasten die öffentlichen Haushalte. Rund 45 Milliarden Mark mußten Bund, Länder und Gemeinden 1982 dafür aufwenden. Entsprechend weniger Geld bleibt für andere Aufgaben übrig.

Schulden sind eine Hypothek für die Zukunft. Es führt kein Weg daran vorbei, daß Staatsschulden früher oder später höhere Steuern bedeuten. So folgte unter der SPD-Regierung der Ausweitung der Staatsausgaben eine wachsende Last von Steuern und Abgaben. Die Steuern und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1982 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und Gehälter. Das Steueraufkommen ist um 146 Prozent gestiegen, die Sozialabgaben um 222 Prozent.

3.2. Staatliche Beschäftigungsprogramme führen unter den heutigen Bedingungen nicht zu mehr Wirtschaftswachstum, wohl aber zu Preissteigerungen und vergrößern die Staatsverschuldung

Trotz einiger Sonderprogramme in Höhe von fast 10 Milliarden Mark in den Jahren 1974 und 1975 schrumpfte 1975 das Bruttonsozialprodukt um 1,8 Prozent. Nachdem die

SPD-geführte Bundesregierung dann bis 1982 über 50 Milliarden Mark zur angeblichen Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ausgegeben hatte, ging das Bruttonzialprodukt 1981 um 0,3 Prozent oder 3,5 Milliarden Mark und 1982 um 1,1 Prozent oder 14,5 Milliarden Mark zurück.

Demgegenüber stieg die Neuverschuldung des Bundes dramatisch an. 1973 betrug sie noch 2,7 Milliarden Mark und erreichte 1982 37,2 Milliarden Mark. Hinzu kommt, daß immer neue Ausgaben und immer höhere Schulden die Inflation in die Höhe trieben. Von 1973 bis 1975 lag die Inflationsrate weit über 6 Prozent. Nach einer kurzen Preisberuhigung im Jahr 1978 mußten die Bürger von 1980 bis 1982 wieder einen Preisanstieg von über 5 Prozent hinnehmen. Dies hat bei den Arbeitnehmern und Rentnern zu realen Einkommensverlusten geführt.

3.3. Milliarden aus der Staatskasse schaffen keine dauerhaften Arbeitsplätze

Heute versuchen SPD-Politiker die staatlichen Beschäftigungsprogramme damit zu rechtfertigen, daß es ohne diese Initiativen erheblich mehr Arbeitslose gegeben hätte (vgl. Friedhelm Farthmann im Gespräch mit der Welt, 15./16. Juni 1985). Die Zahlen sprechen aber für sich; die Arbeitslosigkeit ist während der Regierungszeit der SPD — von einer kurzen Erholungsphase abgesehen — dramatisch angestiegen. Darüber hinaus führen diese zeitlich befristeten Beschäftigungsprogramme dazu, daß nach ihrem Auslaufen Arbeitskräfte, deren Lohn auf Staatskosten subventioniert wurde, wieder entlassen werden müssen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen nicht verbessert haben.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Jahr	Arbeitslosenzahl	Arbeitslosenquote in Prozent
1970	148 846	0,7
1971	185 072	0,8
1972	246 433	1,1
1973	273 498	1,2
1974	582 481	2,6
1975	1 074 217	4,7
1976	1 060 336	4,6
1977	1 029 995	4,5
1978	992 948	4,3
1979	876 137	3,8
1980	888 900	3,8
1981	1 271 574	5,5
1982	1 833 244	7,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen beweist: Konjunkturprogramme können allenfalls kurzfristig Arbeitslose von der Straße holen, langfristig hingegen wirken sie eher nega-

tiv. Denn zusätzliche Ausgaben verursachen hohe Schulden und wirken deshalb als Konjunkturbremse. Das bestätigt den Satz von Milton Friedman: „Vor Schulden, die man gemacht hat, auch Staatsschulden, kann man nur eine Zeitlang davonlaufen — eingeholt wird man schließlich doch.“

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen beweist: Konjunkturprogramme können allenfalls kurzfristig Arbeitslose von der Straße holen, langfristig hingegen wirken sie eher negativ. Denn zusätzliche Ausgaben verursachen hohe Schulden und wirken deshalb als Konjunkturbremse. Das bestätigt den Satz von Milton Friedman: „Vor Schulden, die man gemacht hat, auch Staatsschulden, kann man nur eine Zeitlang davonlaufen — eingeholt wird man schließlich doch.“

4. Beurteilung staatlicher Beschäftigungsprogramme durch den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Mehrzahl der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute schätzen die Wirkung von staatlichen Konjunkturprogrammen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit skeptisch ein.

Bereits in ihrem **Jahresgutachten 1974** stellten die Sachverständigen fest, daß die Sonderprogramme nicht zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage beitragen:

„Schließt man die Wirkungskette allerdings kurz, so traten die Gebietskörperschaften mit ihren Sonderprogrammen zum Teil nur dem Beschäftigungsrückgang entgegen, den sie durch Ausgaben Anfang des Jahres mitverursacht hatten (Ziff. 218).“

Nicht angezeigt erscheint uns derzeit, wie erwähnt, expansive Sonderprogramme für Ausgaben der öffentlichen Hand zu beschließen, die über das geplante Ausgabenvolumen von 361 Milliarden DM noch hinausführten. Durch das, was in dem gegenwärtigen Kurs der Finanzpolitik schon angelegt ist, und was sich aus einer mäßigen Lockerung der monetären Politik ergeben würde, wird dem entsprochen, was die konjunkturelle Situation erfordert. Eher ließe sich darüber streiten, ob es, was die öffentlichen Ausgaben anlangt, nicht schon zu viel ist. Sich unter dem Druck einer jahreszeitlichen Spitze in der Arbeitslosigkeit für mehr zu entschließen, hieße zusätzlich etwas für den späteren Verlauf des Jahres 1975 tun, für den es wahrscheinlich nicht konjunkturgerecht ist. An der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter würde es jedoch mit Sicherheit nichts mehr ändern.“ (Ziff. 333)

In ihrem **Jahresgutachten 1975/76** bestätigten die Sachverständigen die Probleme staatlicher Konjunkturprogramme, wie z. B. Mitnahmeeffekte, negative Auswirkungen auf das Investitionsverhalten und die Staatsfinanzen.

„Die Finanzpolitik hatte sich von vornherein nicht allein auf die expansiven Impulse verlassen, die in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 1975

angelegt waren, sondern diese durch das Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 frühzeitig verstärkt; im August 1975 folgte das zweite Sonderprogramm. Auch hier mag man beklagen, daß die Struktur der Ausgaben möglicherweise beschäftigungswirksamer hätte gestaltet werden können, oder daß die Investitionszulage, ohne die wohl noch mehr Investitionspläne aufgeschoben worden wären, eine teure Maßnahme war, weil sie auch für Projekte gezahlt werden muß, die ohnehin realisiert worden wären; man mag auch die Auffassung teilen, es habe nicht genügend Projekte für größere Programme gegeben. Wichtiger ist, daß der Staat in keinem Falle die Nachfragelücke vollständig mit zusätzlichen Ausgaben hätte füllen können. Denn zum einen fragt der Staat nicht dieselben Güter nach wie die Privaten und das Ausland, zum anderen durfte er mit zusätzlichen Ausgaben nur vorwegnehmen, was für spätere Haushalte geplant war, sollten für die mittelfristige Angebotsstruktur nicht falsche Signale gesetzt werden. Außerdem lief er Gefahr, mit zusätzlichen Ausgaben die private Zurückhaltung nur zu verstärken, weil dies das Finanzierungsdefizit des Staates noch vergrößert hätte, dessen Ausmaß — 78 Milliarden DM in diesem Jahr — die Privaten, vor allem die Investoren, wegen des künftigen Konsolidierungsbedarfs ohnehin schreckte.“ (Ziff. 84)

„Die in den Haushaltsplänen für 1975 angelegten expansiven Impulse wurden im Dezember 1974 durch ein Sonderprogramm der Bundesregierung ergänzt. Zur Belebung der privaten Investitionsneigung und zur Milderung der Arbeitslosigkeit wurden eine bis zum 30. Juni 1975 befristete Investitionszulage in Höhe von 7,5 v. H. sowie zusätzliche öffentliche Investitionen, Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen in Höhe von insgesamt 1,73 Milliarden DM beschlossen. Darüber hinaus sollten die in den Haushalten 1975 vorgesehenen Investitionen soweit wie möglich in die erste Jahreshälfte vorgezogen werden.“

Als die erhoffte Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausblieb und die Anzahl der Arbeitslosen auch im Sommer nicht unter eine Million zurückging, wurde im August 1975 ein weiteres Konjunkturprogramm verabschiedet, das darauf gerichtet war, die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu dämpfen, die sich für die Wintermonate insbesondere in der Bauwirtschaft abzeichnete.“ (Ziff. 208)

„Der Staat kann aber fehlende private Nachfrage nicht voll kompensieren, da er nur begrenzt solche Güter und Dienstleistungen zusätzlich nachfragen kann, die sonst von den Privaten gekauft werden. Versucht er, die ganze Nachfragelücke zu schließen, so läuft er Gefahr, Änderungen in der Produktionsstruktur zu veranlassen, die sich nach Erholung der privaten Nachfrage als Fehlanpassung erweisen.“

Nicht zuletzt ist auch zu bedenken, daß eine expansive Haushaltspolitik die Erwartungen und Dispositionen der Privaten nicht nur positiv beeinflußt. Insbesondere in Zeiten stark steigender Defizite können zusätzliche öffentliche Ausgaben die Privaten in der Weise versichern, daß diese die kurzfristige Ausweitung der Ansprüche des Staates auch für die mittlere Frist erwarten und damit den Spielraum für die Realisierung eigener Ansprüche zu eng sehen, was sich insbesondere dort lähmend niederschlägt, wo die Privaten — wie etwa bei Investitionen — vor Entscheidungen stehen, die weit in die Zukunft greifen.“ (Ziff. 228)

1981 stellen die Sachverständigen in ihrem Gutachten fest, daß die überzogene Ausgabenpolitik den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Staates vollends ausgeschöpft hat.

„Denn der Anstieg der Nettoneuverschuldung in den vorangegangenen Jahren hatte den Spielraum der Finanzpolitik bereits beträchtlich eingeschränkt. Das Hochschießen des Nettkreditbedarfs um weitere 15 Milliarden DM hat den Handlungsspielraum vollends aufgebraucht. (Ziff. 13)

Wie schon 1975 ist eine Situation eingetreten, in der der Staat fürchten muß, eine unverändert expansive Finanzpolitik werde sich über eine weitere Verschlechterung der Erwartungen sogar gegen sich selber kehren, also im Endeffekt kontraproduktiv wirken. Auf diese Möglichkeit, daß es bei Vernachlässigung der Aufgabe, die öffentlichen Defizite rechtzeitig zurückzuführen, dem Staat gerade dann an Verschuldungsspielraum fehlen werde, wenn er diesen besonders nötig habe, ist in den vergangenen Jahren immer wieder mahnend hingewiesen worden. Vergeblich.“ (Ziff. 14)

Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Juli 1981

„Eine konstruktive Rolle des Staates wirft in der gegenwärtigen Situation Probleme auf, die nicht gering sind. Denn die öffentlichen Kassen sind leer. Das Beschäftigungsproblem ist jedoch von einer Dimension, die Resignation nicht erlaubt. Den Spielraum für eine wachstumsfördernde Finanzpolitik hat sich der Staat selbst beschnitten, weil er in den vergangenen Jahren die mittelfristigen Probleme einer expansiven Ausgabenpolitik nicht ernsthaft genug gedacht hat. Die rasch zunehmende Staatsverschuldung hat über mangelndes internationales Vertrauen in die Entwicklungsperspektiven der deutschen Wirtschaft zu einem Zinsniveau beigetragen, das die Investitionsdynamik entscheidend geschwächt hat. Das hohe Zinsniveau läßt sich nicht senken, ohne daß das staatliche Defizit eingedämmt wird. Aus diesem Grunde muß die Konsolidierungsaufgabe, die in ihrem Kern ein mittelfristiges Problem ist, auch unter kurzfristigem Aspekt ernst genommen werden.“ (Ziff. 343, Jahresgutachten 1981/82)

Im **Jahreswirtschaftsbericht 1978** stellte die Bundesregierung fest: „In der Bundesrepublik kam 1977 das Wirtschaftswachstum nicht so voran, wie es den beschäftigungspolitischen Erfordernissen entsprochen hätte.“ Dabei war noch im März 1977 ein weiteres mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge mit einem Gesamtvolumen von 20 Milliarden Mark verabschiedet worden. Der Sachverständigenrat hatte aber schon im **Jahresgutachten 1975** gewarnt: „Es müssen auch die Grenzen einer Rezessionsbekämpfung mit finanzpolitischen Mitteln gesehen werden.“ Der Staat, meinte damals der Rat, könne fehlende private Nachfrage nicht voll ausgleichen. Es müßten sonst Änderungen in der Produktionsstruktur befürchtet werden, die sich nach der Erholung der privaten Nachfrage als Fehlanpassung erwiesen. Bereits 1977 betonte der Rat die Grenzen staatlicher Beschäftigungspolitik und kritisierte ungenügende Fortschritte bei der Preisstabilisierung.

5. Aus Fehlern nichts gelernt: Vorschläge der SPD zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seit 1982

Die Vorschläge, die die SPD seit Oktober 1982 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht hat, beweisen, daß die deutschen Sozialdemokraten aus ihren eigenen Fehlern nicht lernen. Reduziert man die angebotenen Lösungsvorschläge der SPD für die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Kern, so erkennt man zwei Mittel zur Überwindung der strukturellen Verwerfungen unserer Wirtschaft. Im Zentrum aller Überlegungen steht nach wie vor die Ausweitung der Staatsleistungen und damit der Staatsquote. Neue Infrastrukturinvestitionen, weitere staatlich finanzierte Umweltschutzmaßnahmen, Aufstockung von staatlichen Dienstleistungen, direkte Forschungsförderung heißen die Stichworte. Dieses Konzept konnte in der Vergangenheit den Einbruch unserer Wirtschaft nicht verhindern und nicht überwinden, sie werden deshalb auch in Zukunft keine Lösung bieten. Im Gegenteil: Die ständige Erhöhung des Anteils des Staates am Sozialprodukt bindet Mittel, die den Privaten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der zweite Kern der SPD-Politik lautet: Die neuen Staatsausgaben müssen finanziert werden u. a. mit

- einer Erhöhung der Mineralölsteuer
- der Einführung einer Umweltabgabe
- der Erhöhung der Vermögensteuer
- der Erhöhung der Gewerbesteuer und der Ausdehnung auf die freien Berufe
- der Wertschöpfungsteuer oder der Maschinensteuer
- der Ergänzungsabgabe
- einer Abschaffung der Kinderfreibeträge
- einer Beschränkung des Ehegattensplittings.

In einer Zeit, in der Steuersenkungen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen geboten sind, fordert die SPD ein Steuererhöhungsprogramm von vielen Milliarden Mark. Darüber hinaus wird eine Erhöhung der staatlichen Verschuldung über den vom Grundgesetz gezogenen Rahmen ausdrücklich in Erwägung gezogen. In einer Erklärung der SPD vom 13. 12. 1983 heißt es: „Das Grundgesetz läßt ausdrücklich eine Finanzierung öffentlicher Investitionen durch Kredite und darüber hinaus Ausnahmen „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zu. Sowohl eine Normalverschuldung des Staates als auch konjunkturell bedingte Kreditfinanzierungen müssen weiterhin möglich bleiben.“ (Arbeit für alle — Die Zukunft gestalten; Sozialdemokratische Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart, Entwurf der Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Parteivorstand, S. 26). Damit will die SPD eine Ausnahme der Verfassung zur Regel machen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sehen sie eine Arbeitszeitverkürzung als Allheilmittel an.

Einige Initiativen der SPD im einzelnen:

Kieler Erklärung der SPD vom 22. November 1982

Neben einer Verbesserung der beruflichen Bildung und des Umweltschutzes setzt sich die SPD massiv für Arbeitszeitverkürzungen ein, um Vollbeschäftigung zu erreichen.

Solidarpakt gegen Arbeitslosigkeit vom Dezember 1982

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hat Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel einen „Internationalen Beschäftigungspakt“ und einen „Nationalen Solidarpakt“ gefordert.

Das Regierungsprogramm der SPD 1983 bis 1987

Beschlossen vom Wahlparteitag der SPD am 21. Januar 1983 in Dortmund. Unter dem Titel „Arbeit erhalten und neu schaffen“ fordert die SPD unter anderem Steuererhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen.

Die Zukunft der Arbeit — Materialien zur Beschäftigungspolitik der SPD, Juli 1983

Darin fordert Wolfgang Roth unter anderem eine Verkürzung der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit und eine Verlängerung der Bildungszeiten. Gleichzeitig setzt er sich für eine Beschleunigung des Arbeitszeitverkürzungstemplos und den Ausbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein.

Wege zur Bewältigung der Beschäftigungskrise von Herbert Ehrenberg

Im Vordergrund seiner Ausführungen stehen wiederum Arbeitszeitverkürzung und Umweltinvestitionen.

Alternativkonzept der SPD zur Wirtschaftspolitik

vorgestellt von Hans-Jochen Vogel im September 1983. Das Alternativkonzept enthält fünf Elemente: Arbeitszeitverkürzung auf allen drei Ebenen, pfleglicher Umgang mit der Massenkraft, wirksame Hilfe für strukturschwache Industrien und Regionen, generelle Förderung der kleinen Mittelbetriebe und staatliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf Sektoren, auf denen ein drängender gesellschaftlicher Bedarf vorhanden ist.

Arbeit für alle — Die Zukunft gestalten

Sozialdemokratische Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart, Entwurf der Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Parteivorstand vom 13. Dezember 1983. Darin fordert die SPD eine Reihe aufeinander abgestimmter Schritte, eine gemischte Strategie auf nationaler und internationale Ebene, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Elemente dieser Strategie sind unter anderem wieder „Die Arbeitszeit verkürzen“, „Für die Umwelt arbeiten“ und „Für mehr Beschäftigung die Nachfrage verstetigen“.

Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ vom 11. April 1984

Das Sondervermögen soll in folgenden Schwerpunkten zur Verbesserung der Umweltsituation und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen: Gewässerschutz, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, rationelle und sparsame Energieverwendung, Lärmschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz und Stadtökologie. Dieses Sondervermögen soll durch Abgabeerhöhungen auf Energieträger finanziert werden. (Vgl. S. 20)

Beschlüsse des Essener Parteitages der SPD zur Wirtschaftspolitik vom Juni 1984

Als kurz- und mittelfristige Maßnahmen fordert die SPD eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, eine umfangreiche Arbeitszeitverkürzung und die Förderung von Eigenarbeit.

Kampagne Umwelt und Arbeit — Zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft vom 17. September 1984

Zur ökologischen Modernisierung unserer Industriegesellschaft stellten Volker Hauff und Peter Glotz ein 10-Punkte-Projekt vor.

Förderung der Beschäftigung

Antrag der Fraktion der SPD vom 17. Oktober 1984. Neben einer Arbeitszeitverkürzung und einer Umsetzung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ fordert die SPD darüber hinaus beschäftigungsfördernde wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen.

Dortmunder Thesen für Arbeit und Umwelt

beschlossen vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen am 22. März 1985 in Dortmund. Ähnlich wie im Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ fordert auch hier die SPD wieder eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft.

Fünfpunkteprogramm der SPD zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 31. Mai 1985

Neben dem Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ fordert die SPD hier eine Umoftierung der steuerlichen Belastung und gemeinsame beschäftigungsfördernde Maßnahmen in der EG. Mit ihren zahlreichen Initiativen schlägt die SPD keine neue Politik zur Bekämpfung der von ihr verursachten Massenarbeitslosigkeit und zur Überwindung der Wachstumsschwäche vor. Die Vorschläge der SPD und die angeblich neuen Rezepte knüpfen an die alte Wirtschaftspolitik an, die uns im Herbst 1982

- leere Kassen,
- riesige Schulden,
- fast 2 Millionen Arbeitslose
- und eine schrumpfende Wirtschaft

hinterlassen hat. Die Vorschläge der SPD sind nach wie vor gekennzeichnet durch einen unerschütterlichen Glauben an Dirigismus und Steuererhöhungen.

Die SPD hat nun eine neue Variante von Beschäftigungsprogrammen entdeckt: Das sogenannte „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“

Durch die Einführung oder die Erhöhung von Steuern auf Strom, Mineralölprodukte und Erdgas möchte die SPD jedes Jahr 4,7 Milliarden Mark für die Schaffung dieses Sondervermögens aufbringen. Damit sollen Umweltschutzmaßnahmen finanziert werden. Es ist zu fragen, ob Beschäftigungsprogramme nur deshalb sinnvoller sind, weil sie mit dem Etikett „Umwelt“ verkauft werden. Natürlich schafft Umweltschutz Arbeitsplätze. Mittlerweile gibt es ja bereits eine ganze Umweltschutzzindustrie. Beschäftigungsprogramme allerdings schaffen auch im Umweltbereich allenfalls kurzfristige Strohfeuer.

Und so will die SPD zur Finanzierung dieses Programms den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen:

„... Für die Finanzierung des Sondervermögens wird ein steuerlicher Zuschlag auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas (Umweltpfennig) erhoben:

beim Stromverbrauch — Pf je kW/h	0,5
beim Benzin- und Dieselkraftstoffverbrauch — Pf je Liter	2,0
beim leichten Heizöl — Pf je Liter	2,0
beim schweren Heizöl — Pf je Liter	2,0
beim Erdgas — Pf je m ³	2,0

Das erbringt auf der Basis des derzeitigen Verbrauchs pro Jahr (Milliarden DM):

beim Strom	1,7
bei Benzin und Diesel	0,9
bei leichtem Heizöl	0,8
bei schwerem Heizöl	0,2
beim Erdgas	1,1
insgesamt	4,7

...“ Das Sondervermögen ist ein Beschäftigungsprogramm alter Prägung — diesmal nur grün verpackt. Die Gelder zur Finanzierung dieses Beschäftigungsprogramms will die SPD diesmal nicht nur — wie unter Helmut Schmidt — über Schulden späteren Generationen aufzubürden, sondern den Bürgern über eine Energiesteuer direkt aus den Taschen ziehen.

Dieses Programm ist ein beschäftigungspolitischer Holzweg. Sicher, es gibt sinnvolle Umweltschutzinvestitionen, das zeigt die Umweltpolitik der Regierung Helmut Kohl deutlich, aber durch ein solches Programm

- würde ein künstlicher Arbeitsmarkt durch Investitionslenkung geschaffen, der dauerhaft subventioniert werden müßte;
- durch die in diesem Programm vorgesehene Förderung von Umweltschutzinvestitionen würden relativ wenig Wirtschaftszweige begünstigt, die schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen müßten mit der Gefahr von Überkapazitäten bei nachlassender Nachfrage;
- das Verursacherprinzip im Umweltschutz würde zu Lasten der Allgemeinheit durchbrochen, d. h., der Steuerzahler hätte dafür aufzukommen;
- die Abgabenbelastung würde durch die vorgesehenen Steuerzuschläge auf den Verbrauch bestimmter Energien in Höhe von 4,7 Milliarden Mark jährlich weiter erhöht;
- der Kapitalmarkt würde durch die vorgesehene ergänzende Kreditfinanzierung in Höhe von 1 Prozent des Bruttosozialprodukts, das sind rd. 17,5 Milliarden Mark, erneut stark belastet;
- durch die Energieverteuerung und höhere Zinsen als Folge würde sich die Wettbewerbsposition deutscher Hersteller verschlechtern.

Per saldo besteht die Gefahr, daß den kurzfristig künstlich geschaffenen Arbeitsplätzen im Umweltschutzbereich durch geringere private Investitionen ein sogar höherer Verlust an Dauerarbeitsplätzen gegenübersteht. Deshalb ist es auch eine ausgesprochene Milchmädchenrechnung, daß mit einem solchen Programm ein Rückgang der Arbeitslosen um rd. 300 000 Personen erzielt werden könnte, wie von der SPD vorgerechnet wird.

In Wirklichkeit „feiern“ die Anhänger der Planwirtschaft, der Bürokratie und des staatlichen Interventionismus in der SPD ihre alten und erfolglosen „Rezepte“. Eine neue Bürokratie zur Bildung und Verwaltung des Sondervermögens würde der Umwelt nicht nützen, aber riesige Finanzmittel — die der Steuerzahler aufzubringen hat — verschlingen. Die SPD hat nichts dazugelernt. Mit ihren alten Rezepten gibt es weder eine saubere Umwelt noch eine sichere und preisgünstige Energieversorgung, noch neue Arbeitsplätze. Im Gegenteil — Arbeitsplätze werden gefährdet. Durch die von der SPD u. a. vorgesehene Besteuerung des Stroms im Rahmen des „Sondervermögens Arbeit und Umwelt“, wird die Verstromung der deutschen Steinkohle überproportional belastet. Diese Besteuerung verdrängt die deutsche Steinkohle aus dem Energiemarkt und müßte zwangsläufig zum Verlust von Arbeitsplätzen im deutschen Steinkohlebergbau führen.

Der wohl wichtigste Einwand gegen eine Neuauflage staatlicher Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit ist jedoch, daß ohne die Beseitigung der strukturellen Probleme keine Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Mit dem Ende der Programme entfielen auch die neugeschaffenen Stellen wieder. Zurück blieben weiter vergrößerte öffentliche Defizite mit all ihren Beschäftigungsrisiken. Gewonnen wäre mit dieser Politik nichts. Am Ende der 80er Jahre würden wir alle noch schlechter dastehen als am Ende der 70er Jahre. Daß unsere derzeitige Arbeitslo-

sigkeit strukturell bedingt ist, hat der **Sachverständigenrat** in seinem jüngsten **Sondergutachten von 1985** erst festgestellt: „Dies hat seinen Grund darin, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nicht mit einer niedrigen Auslastung der Sachkapazitäten einhergeht; sie ist in ihrem Kern nicht konjunkturbedingt.“ (Ziff. 18)

Im übrigen kommen auch langsam SPD-Politiker zu der Einsicht, daß Konjunkturprogramme „wirklich grober Unfug sind“. Dies sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Volker Hauff, in einem Gespräch mit den Stuttgarter Nachrichten, abgedruckt am 30. Mai 1985.

6. Die CDU-geführte Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg: Die Wirtschaft wächst, die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu

Seit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler im Oktober 1982 hat sich die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland wieder positiv entwickelt.

6.1. Verbesserung der Rahmenbedingungen

Die Bundesregierung hat im Herbst 1982 sofort damit begonnen, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zur Stärkung der Investitionskraft und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern:

- Die **steuerliche Belastung der Unternehmen** wurde in zwei Schritten 1983 und 1984 spürbar verringert, und zwar durch die Reduzierung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensbesteuerung, durch Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen und auf Investitionen für Forschung und Entwicklung sowie durch Verdoppelung des Verlustrücktrages. Zur Erleichterung der Übernahme gefährdeter Betriebe wurde die Möglichkeit der Bildung zeitlich befristeter steuerfreier Rücklagen eröffnet.
- Die **Abschaffung der Kuponsteuer** hat den Kapitalmarkt positiv beeinflußt.
- Die Entwicklung zu mehr Selbständigkeit wurde durch das Programm der Bundesregierung zur **Förderung von Existenzneugründungen** unterstützt.
- Durch das **Vermögensbeteiligungsgesetz** werden den Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten für eine Teilhabe am Produktivvermögen der Wirtschaft und den Unternehmen Chancen für eine Verbesserung des Eigenkapitals geboten. In die gleiche Richtung wirkt das voraussichtlich 1986 in Kraft tretende Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, das für mittelständische Unternehmen einen erleichterten Zugang zu den organisierten Märkten für Eigenkapital eröffnen soll.

Angesichts der strukturell bedingt besonders schwierigen Lage der Bauwirtschaft haben wir eine besondere Anstrengung unternommen, um die Anpassung an die neuen Bedingungen zu erleichtern.

— Mit dem **Abbau und der Vereinfachung** unter anderem von Vorschriften im **Wirtschafts- und Baurecht**, im Bereich der Statistiken und auch durch **Privatisierung** von Bundesbeteiligungen an Wirtschaftsunternehmen wurden neue Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten im Interesse von Investitionen und Arbeitsplätzen geschaffen.

— **Die Konsolidierungspolitik wird auch weiterhin in den Dienst der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gestellt.** Die insgesamt zurückhaltende Ausgabenpolitik hat die Möglichkeiten zu einer weiteren Verstärkung von investitionswirksamen Haushaltsmitteln mit Dauerwirkung verbessert. Die Bundesregierung wird im Zusammenhang mit dem Haushalt und dem Finanzplan 1986 zur Erleichterung der Situation in der Bauwirtschaft eine Verstärkung der Ansätze in den öffentlichen Haushalten vornehmen. Insbesondere sollen die Verfügungsrahmen für die Stadterneuerung für die Programmjahre 1986 und 1987 im Bundeshaushalt auf je eine Milliarde DM verdreifacht, in den Haushalten von Ländern und Gemeinden mindestens verdoppelt werden und ein zusätzliches Kreditvolumen von rund sechs Milliarden Mark im Rahmen der Programme des ERP-Vermögens, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank insbesondere für Umweltschutzinvestitionen der Gemeinden und zugunsten des Mittelstandes und der Bauwirtschaft mobilisiert werden.

Die Modernisierung und Erweiterung des Produktionspotentials der Wirtschaft soll durch **verbesserte Abschreibungsbedingungen für neue Wirtschaftsgebäude** gefördert werden. Vorgesehen ist, den Abschreibungszeitraum für neu zu errichtende Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen von 50 auf 25 Jahre durch Anhebung der linearen wie der degressiven Abschreibung zu halbieren. Das bedeutet Steuererleichterungen für diese Investitionen im Bausektor im ersten Jahr von rund einer Milliarde Mark und in den Folgejahren bis zu etwa vier Milliarden Mark.

Die **Wohnungsbaubesteuerung wird neu geregelt**. Die Förderung wird auf das selbstgenutzte Wohneigentum konzentriert und aufgestockt. Zugleich wird die familienbezogene Zusatzförderung verbessert. Die Besteuerung des Nutzungswerts entfällt.

Die **Abschreibungen für neue Heizungsanlagen** sollen verbessert werden.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung zahlreiche **flankierende Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes** beschlossen.

Das **Vorruestandsgesetz** vom 19. April 1984 ermöglicht auf einzel- und tarifvertraglicher Basis freiwillige Ruhestandsregelungen ab vollendetem 58. Lebensjahr für ältere Arbeitnehmer. Bei 35 Prozent Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an den Kosten beläuft sich das Vorruestandsgeld auf 65 Prozent des maßgeblichen Entgelts bei Wiederbesetzung des Arbeitsplatzes. Die bis jetzt abgeschlossenen Tarifabschlüsse belegen den Erfolg des Gesetzes und lassen 1985 eine spürbare Arbeitsmarktentlastung erwarten. Schon heute hat eine Viertelmillion Arbeitnehmer das Recht, aufgrund von Tarifverträgen Vorruestandsleistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern ist im wesentlichen abgewickelt. 156 000 Fälle mit vorzeitiger Rückerstattung der Rentenversicherungsbeiträge und 14 000 Fälle mit Anspruch auf Rückkehrshilfe haben bewirkt, daß einschließlich Familienangehöriger etwa 300 000 Ausländer in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Auf dem Arbeitsmarkt führt dies zu einem Rückgang von über 150 000 ausländischen Arbeitnehmern.

Das **Beschäftigungsförderungsgesetz**, das gegen den erbitterten Widerstand der SPD verabschiedet wurde, dient vor allem den Zielen der Förderung der Beschäftigung und des Abbaus beschäftigungshemmender Vorschriften und damit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch erweiterte Möglichkeiten von Zeitarbeitsverträgen, deren Höchstdauer um 1 auf 1½ Jahre verlängert wurde, erhalten Arbeitslose eine Chance auf eine zunächst vorübergehende Beschäftigung, die sonst dem Risiko der Dauerarbeitslosigkeit ausgesetzt bleiben würden. Das Gesetz enthält ferner Regelungen zur stärkeren Förderung von Teilzeitbeschäftigung, der Arbeitsplatzteilung und Bestimmungen über die Arbeitnehmerüberlassung. Außerdem werden die Möglichkeiten des Ausgleichsverfahrens bei der Lohnfortzahlung und Mutterschaftsleistungen für kleinere Betriebe ausgeweitet und die illegale Beschäftigung von Ausländern schärfert bestraft.

Der verbesserten Flexibilität und Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes für Akademiker dient das verabschiedete **Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen**.

Auch im **Schwerbehindertengesetz** sind neben vielen anderen Bestimmungen Maßnahmen vorgesehen, die die Beschäftigung Behinderter fördern und Einstellungshemmisse abbauen sollen.

Der von der Bundesregierung eingebrachte **Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes** soll die überholte Arbeitszeitordnung von 1938 ablösen, Arbeitszeitregelungen für Frauen so gestalten, daß für sie der notwendige spezifische Arbeitsschutz erhalten bleibt. Andererseits sollen aber unnötige Regelungen abgebaut werden, die heute die Ausbildungs-, Berufs- und Beschäftigungschancen der Frauen beeinträchtigen.

Das erste Gesetz zur Änderung des **Jugendarbeitsschutzgesetzes** hat ohne Beeinträchtigung des gesundheitlichen Arbeitsschutzes für Jugendliche Barrieren abgebaut, die bisher der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher entgegenstanden. Dieses Gesetz war eine wichtige und unerlässliche Voraussetzung für eine nochmalige Steigerung des Lehrstellenangebotes im Jahre 1984 und 1985.

Die Erkenntnis, daß insbesondere die ungelernten Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verlangt besondere Anstrengungen bei Bildungsmaßnahmen. Im Rahmen der **beruflichen Bildung** wurde die Zahl der Jugendlichen erhöht, die in Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen gefördert werden.

Das erste Änderungsgesetz zum **Bildungsbeihilfengesetz** geht auf eine Bundesratsinitiative zurück. Der Inhalt wurde aber aufgrund von Empfehlungen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen geändert. Die Leistungen und Leistungsvoraussetzungen

für Bildungsbeihilfen an arbeitslose Jugendliche wurden verbessert und laufen bis 1987 statt 1985, um damit die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Bis zum Jahre 1987 werden für diese Zwecke insgesamt 233 Millionen Mark bereitgestellt.

Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die in **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** vermittelt werden, von 30 000 im Jahr 1982 auf rund 82 000 im Jahr 1984 ausgeweitet werden. Dies ist die höchste Zahl an in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten seit Bestehen des Arbeitsförderungsgesetzes, etwa dreimal soviel wie 1982. Im Jahre 1985 werden insgesamt 90 000 Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt werden.

Ab dem 1. Januar 1985 erhalten **junge Arbeitslose** bis zum 21. Lebensjahr **Kindergeld**. Dies gilt auch für alle, die keinen Ausbildungsplatz haben.

Ältere Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr können bis zu 18 Monaten statt wie bisher 12 Monate **Arbeitslosengeld** erhalten.

Die Bundesregierung betreibt eine zielklare und konsequente Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie setzt dabei nicht nur auf die Kräfte des Marktes:

- Wir setzen auf Leistung und auf das Verantwortungsbewußtsein der Tarifpartner.
- Wir haben die Rahmenbedingungen verbessert und sind dabei, sie weiter zu verbessern.
- Wir haben Geldwertstabilität und ein niedriges Zinsniveau. Beides — Geldwertstabilität und relativ niedrige Zinsen — ist investitionsfördernd und arbeitsplatzfördernd.
- Wir haben konsolidierte Gemeindehaushalte, was besonders wichtig ist, weil zwei Drittel der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden erbracht werden.
- Wir appellieren an die Bereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in dieser schwierigen Übergangsphase Teilzeitarbeitsplätze anzubieten und Teilzeitarbeit zu übernehmen. Wir haben deshalb die gesamten Voraussetzungen für Teilzeitarbeit verbessert.

6.2. Das sind die Erfolge der Bundesregierung Helmut Kohl: positive Wirtschaftsdaten

Wirtschaftsdaten

IFO/München erwartet 2,5 Prozent mehr Wachstum 1985.

Die Deutsche Bundesbank zeichnet in ihrem Monatsbericht für Juni ein sehr günstiges Bild von der deutschen Konjunktur: „... Das wirtschaftliche Wachstum wird außer von der Auslandsnachfrage von einer steigenden Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmen getragen.“ Im Juli-Bericht wird positiv vermerkt: „Die Auftragseingänge

beim verarbeitenden Gewerbe haben sich im Mai — wie schon im April — saisonbereinigt erhöht; im Durchschnitt der beiden Monate übertrafen sie das Niveau vom ersten Quartal um rund 2 Prozent und den vergleichbaren Vorjahrsstand um 10 Prozent. Eine lebhafte Aufwärtsentwicklung war sowohl im Exportgeschäft als auch im Inlandsgeschäft zu verzeichnen.“

Unsere Politik hat in der Bundesrepublik Deutschland außerdem ein Zinsniveau bewirkt, das etwa 4 Prozent unter dem amerikanischen liegt. Die Kapitalmarktzinsen liegen bei uns in diesem Sommer unter 7 Prozent und damit um rund vier Prozentpunkte unter dem Höchststand von 1981.

Der konjunkturelle Aufschwung, der inzwischen im dritten Jahr anhält, gewinnt zusehends an Kraft und Stärke. Die positiven Meldungen über Auftragseingänge und Produktionsanstieg häufen sich. Wichtige Schlüsselbranchen, wie etwa der Maschinenbau oder die Elektrotechnik, verzeichnen Auftragsschübe wie schon seit langem nicht mehr. Die Anzeichen für eine deutlich erhöhte Investitionsneigung der Unternehmen verdichten sich. Das Plus bei den Bestellungen wird der Produktion Impulse geben bis weit in das Jahr 1986 hinein.

Auch das Ifo-Institut in München berichtet über eine spürbar günstigere Einschätzung des Geschäftsklimas für die nächsten Monate. Bedeutsam an der höheren Investitionsneigung ist, daß vor dem Hintergrund der zunehmenden Kapazitätsauslastung nunmehr offenbar die Erweiterungsinvestitionen der Unternehmen in Gang kommen. Hierdurch verringert sich die Exportabhängigkeit der konjunkturellen Auftriebstenzen, der Aufschwung wird auf eine breitere Basis gestellt.

Positiver Leistungsbilanzsaldo:

Januar—Juni 1984 = 4,403 Milliarden DM
Januar—Juni 1985 = 14,946 Milliarden DM.

Existenzgründungen 1984 auf Höchststand. Die Lastenausgleichsbank als Finanzierungsinstitut des Bundes förderte 17 000 Neugründungen. Dadurch hat es 80 000 neue Arbeitsplätze gegeben.

Die **Preisseigerungsrate** betrug im August 1984 +2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Das Bundeswirtschaftsministerium schätzt, daß Unternehmen ihre **Investitionspläne um 14 Prozent** aufgestockt haben.

Im **Industriebereich** beginnt die kräftige Aufstockung der Bruttoanlageinvestitionen; Januar 1985 ca. +17 Prozent (Ifo-Prognose für 1984/85).

Die erhebliche **Steigerung des Forschungs- und Entwicklungsbudgets** dokumentiert Vertrauen und hohe Bereitschaft zur aktiven Bewältigung des Strukturwandels: Das Forschungsbudget in der Bundesrepublik Deutschland wird 1985 mit 53 Milliarden DM (+7 Prozent gegenüber 1984) einen internationalen Rekordstand erreichen, davon Wirtschaft 31,3 Milliarden DM (+7,2 Prozent).

6.3. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu

Der konjunkturelle Aufschwung geht nicht am Arbeitsmarkt vorbei. Die Zunahme der Investitionen zeigt positive Auswirkungen auf die Beschäftigung. Es bestehen gute Aussichten, daß sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die seit Sommer vorigen Jahres erstmals seit Anfang der achtziger Jahre zugenommen hat, weiter erhöht und zwar um etwa 100 000 im Jahr 1985.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Juli 1985 insgesamt 2 221 400.

Bei den arbeitslosen **Ausländern** gab es im Juli 1985 einen Rückgang um 3 474 oder 1,4 Prozent auf 239 501.

Die Arbeitsämter haben in der Zeit von Januar bis Juli insgesamt 1 101 567 **Arbeitssuchende in neue Stellen vermittelt**, darunter 183 606 im Juli 1985. Das waren 13,2 Prozent mehr als im Juli 1984.

Von Betrieben und Verwaltungen gingen den Arbeitsämtern im Juli 119 379 **neue offene Stellen** zu, 21 Prozent mehr als im Juli 1984.

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von Juni auf Juli um 54 183 auf 107 522 ab. Den Vorjahresstand unterschreitet die Kurzarbeit um 154 805 oder 59 Prozent.

Höchststand bei der **Zahl der Ausbildungsplätze**: Anfang 1985 1,8 Millionen; ca. 4,5 Prozent Zunahme gegenüber Anfang 1984; überdurchschnittlicher Anstieg der Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel um 49 200 (+6,2 Prozent) auf 841 100.

Jugendarbeitslosigkeit geht zurück: Im Juli 1983 betrug die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren 198 500; im Juli 1984 verringerte sie sich auf 170 500; im Juli 1985 lag sie nur noch bei 168 500.

Die **Besserung der Beschäftigungslage** geht nicht auf einige wenige Sonderkonjunkturen zurück, sie ist vielmehr breit angelegt:

Von 37 Branchen des verarbeitenden Gewerbes hatten im Mai 1985 22 einen höheren Beschäftigungstand als ein Jahr zuvor.

Die besonders beschäftigungsstarken Branchen — das sind Maschinenbau, Elektrotechnik, Straßenfahrzeugbau, Chemie, EBM-Industrie — melden alle Belegschaftszuwächse.

Industrie-Beschäftigung: Erster Lichtblick, Veränderung Mai 1985 gegenüber Mai 1984

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 74 162
Wo die Beschäftigung am stärksten zugenommen hat	
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 43 404
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	+ 22 736
Maschinenbau	+ 12 586
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	+ 6 133
Herstellung von Kunststoffen	+ 6 008
Chemische Industrie	+ 5 693
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	+ 5 302
Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren	+ 5 286
Zieherei, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	+ 4 112
NE-Metallerzeugung und -Halbzeugwerke	+ 2 831

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Positive Beschäftigungsmeldungen aus einzelnen Bereichen:

In ihrem Monatsbericht für Juli meldet die **Bundesanstalt für Arbeit**: Von Betrieben und Verwaltungen wurden im Juli 153 400 neue Arbeitsplätze bereitgestellt. Rund 184 000 Arbeitnehmer konnten in Arbeitsstellen vermittelt werden. Als Bestand wurden am Monatsende 120 000 offene Stellen ermittelt. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von Juni auf Juli um 54 183 auf 107 522 ab. Den Vorjahresstand unterschreitet die Kurzarbeit jetzt um rund 155 000 oder 59 Prozent. Damit hat sich innerhalb von zweieinhalb Jahren die Kurzarbeiterzahl um mehr als 1 Million auf 107 522 verringert.

„Die Wende ist jetzt auch bei der Beschäftigung da“, stellt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in einem Konjunkturbericht vom 17. Juli 1985 fest. Seit Mitte 1984 erfolgten knapp 122 000 Neueinstellungen (+ 3,3 Prozent) in der **Metallindustrie**. Mit einem Zuwachs von 16 660 neuen Arbeitsplätzen allein im Juni 1985 erreichten die Betriebe die bisher stärkste Zunahme der Beschäftigung in diesem Jahr.

In der Zeit von Juli 1984 bis Mai 1985 stiegen in der **baden-württembergischen Metallindustrie** die Auftragseingänge um 10,6 Prozent, die Produktion wurde um 9,3 Prozent ausgeweitet und 32 000 neue Mitarbeiter eingestellt.

Der Verband der **Metallindustrie Niedersachsens** hat mitgeteilt, daß in den Monaten Juni 1984 bis April 1985 die Zahl der Beschäftigten in der niedersächsischen Investitionsgüterindustrie um rund 3 800 angestiegen ist. Wegen der günstigeren Investitionstätigkeit der unternehmerischen Wirtschaft rechnet der Verband damit, daß sich die Beschäftigungslage in der Investitionsgüterindustrie Niedersachsens in den nächsten Monaten weiter verbessern wird.

„Der Beschäftigungszug in der rheinland-pfälzischen Metallindustrie ist in Fahrt gekommen. Die Metallunternehmen des Landes haben allein von Juni 1984 bis April 1985 ihre Mitarbeiterzahl um mehr als 3000 auf 155 649 erhöht.“ Dies gab der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände bekannt. Nimmt man die Gesamtzahl der Neueinstellungen in bezug auf die 206 Arbeitstage des angesprochenen Zeitraumes, so bedeutet dies, daß pro Werktag in der Metallindustrie des Landes 16 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt worden sind. Entwickelt sich die Konjunktur weiter im bisherigen Trend, dann wird sich die Beschäftigtenzahl in der Metallindustrie zum Jahresschluß voraussichtlich um etwa 4 Prozent im Vergleich zum Juni des Vorjahres erhöhen.

„14 300 neue Arbeitsplätze: Alle zwischen Juni 1984 und April 1985 neu eingestellten Mitarbeiter in hessischen Metallunternehmen unter einem Dach, das wäre schon ein Großbetrieb.“ Mit diesen Worten kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Metall die Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung in der hessischen Metallindustrie. Er nannte diesen Beschäftigungszuwachs „bedeutsam“: Das zeigt auch ein Blick in die aktuelle Arbeitslosenstatistik. So verringerte sich in den ersten Monaten des Jahres 1985 die Zahl der Arbeitslosen in Metallberufen auf 19 269. Die Beschäftigungszunahme in hessischen Metallunternehmen zwischen Juni 1984 und April 1985 hat insgesamt 4,4 Prozent betragen.

VW will in diesem Jahr mindestens 5 000 neue Mitarbeiter einstellen. Davon waren bis Juni 1985 bereits 3 000 an der Arbeit, 2 000 Einstellungen sollen bis zum Jahresende noch folgen. Bereits 1984 hat VW 4 000 neue Mitarbeiter eingestellt.

Die Daimler-Benz AG, die in den ersten Monaten dieses Jahres bereits 2 600 Mitarbeiter eingestellt hat, will im Laufe des Jahres noch einmal 500 bis 1 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Bereits im vorigen Jahr hatte der Stuttgarter Automobil-Konzern die Zahl seiner Mitarbeiter um 6 600 erhöht.

Im Mai 1985 teilte BMW mit, daß nur durch zusätzliche Arbeitskräfte die unverändert gute Nachfrage aus dem Ausland und die wieder anziehende Inlandsnachfrage befriedigt werden könne. Bis zum Jahresende sollen knapp 46 100 Mitarbeiter bei BMW beschäftigt sein — 1 400 mehr als 1984.

Bei der Bosch-Gruppe gibt es in diesem Jahr einen Beschäftigungseffekt in einer Größenordnung von 5 500, der u. a. auf den Überstundenabbau und die Vorruhestandsregelung zurückzuführen ist.

Erweiterungsinvestitionen in der chemischen Industrie werden in diesem Jahr voraussichtlich 5 000 bis 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dies teilte der Präsident des Verbandes der chemischen Industrie Anfang Juli mit. Die chemische Industrie der Bundesrepublik wird 1985 etwa 7,6 Milliarden Mark investieren, fast 9 Prozent mehr als vor einem Jahr; 43 Prozent der Investitionen dienen der Produktionserweiterung und der Schaffung neuer Anlagen.

Der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie rechnet für 1985 mit einer Zunahme der Elektroproduktion um etwa 7 Prozent. Dadurch wird auch die Zahl der

Beschäftigten weiter steigen, die in den letzten eineinhalb Jahren bereits um 50 000 angestiegen ist. Zugleich hat sich die Zahl der Kurzarbeiter auf 13 000 erheblich verringert.

Die Paderborner **Nixdorf AG** hat nach den Worten ihres Vorsitzenden seit Anfang 1984 4 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Bis 1990 wird sich das Unternehmen von derzeit 23 000 auf rund 40 000 Beschäftigte vergrößert haben.

Der **Elektro-Konzern Siemens** erwartet im laufenden Geschäftsjahr Bestellungen von weit über 50 Milliarden Mark. Der Auftragseingang übertraf in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahrs 1984/85 den Vorjahresstand um 12 Prozent. Ende Mai zählte Siemens im Inland 13 000 und im Ausland 3 000 Mitarbeiter mehr als Ende September letzten Jahres. Nach Angaben des Konzerns ist die Vermehrung der Arbeitsplätze durch die konsequente Anwendung neuer Techniken möglich geworden.

Diese Entwicklungen zeigen: Allmählich schlagen die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik auch auf den Arbeitsmarkt durch. Per saldo nimmt die Zahl der Beschäftigten seit dem vergangenen Jahr wieder zu. Neueinstellungen werden insbesondere in Branchen vorgenommen, die von der kräftigen Investitionskonjunktur und dem Exportwachstum begünstigt werden. Dabei handelt es sich zugleich um Wirtschaftszweige, in denen der scharfe internationale Wettbewerb eine schnelle Umsetzung modernster Produktions- und Fertigungsverfahren erzwingt. Entsprechend hoch sind die Anforderungen dieser Unternehmen an das Qualifikationsniveau ihrer Mitarbeiter.

Dem steht an den Arbeitsmärkten ein relativ großer Anteil an unqualifizierten Arbeitslosen gegenüber. Nahezu die Hälfte (49,4 Prozent) aller Arbeitslosen verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitslosenquote von Arbeitskräften ohne Ausbildungsabschluß liegt mit fast 19 Prozent deutlich über dem Gesamtdurchschnitt von 9,0 Prozent. Hinzu kommt, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls vom Niveau der Ausbildung abhängt: Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind durch die Arbeitsämter schwerer zu vermitteln und deshalb im Durchschnitt wesentlich länger arbeitslos als ihre qualifizierten Kollegen. Das Arbeitsplatzrisiko ungelernter Arbeitnehmer ist mithin höher zu veranschlagen als das von Arbeitnehmern, die eine Lehre oder einen vergleichbaren qualifizierten Berufsabschluß vorweisen können.

Die wirtschaftspolitische Schlußfolgerung kann daher nur lauten: Erhöhung der Beschäftigungschancen des einzelnen durch Verbesserung seiner beruflichen Qualifikation. Die Bundesregierung hat diese Zusammenhänge frühzeitig erkannt und im diesjährigen Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit mit knapp 4,4 Milliarden Mark 10 Prozent mehr Mittel für die Förderung der beruflichen Bildung und Umschulung zur Verfügung gestellt. Daher ist auch die Absicht der Bundesregierung zu begrüßen, die Maßnahmen für Fortbildung und Umschulung noch weiter zu verstärken, indem ein Teil der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit hierfür eingesetzt wird. Zugleich müssen wir an die Unternehmen appellieren, durch einen massiven und schnellen Ausbau der innerbetrieblichen Aus- und Weiterbildungskapazitäten die berufliche Qualifizierung der Arbeitnehmer zu verbessern und auch auf diesem Wege zur Entlastung des

Arbeitsmarktes beizutragen. Investitionen zur Erhöhung der beruflichen Qualifikationen dienen nicht nur dem einzelnen Arbeitnehmer. Sie erhöhen die betriebliche Produktivität und sind angesichts des schnellen technologischen Wandels zugleich ein wichtiges Element zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Diese Dokumentation erscheint auch als Broschüre „SPD — Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative“.

Zu beziehen über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.

Bestellnummer: 5694

Mindestbestellmenge: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM